

Zeitschrift:	Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber:	Schweizerisches Ost-Institut
Band:	3 (1962)
Heft:	30
Artikel:	Dialektik der Praxis
Autor:	Revesz, Laszlo
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-1076789

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Dialektik in der Praxis

Praktische Anwendung der Dialektik und des historischen Materialismus in der sowjetischen Geschichtswissenschaft

Nach den Untersuchungen über den dialektischen und historischen Materialismus (Nr. 26) mit der Entwicklung zum Leninismus (Nr. 28) beginnen wir mit einer Serie über die Anwendung der dialektischen Prinzipien in den verschiedenen praktischen Bereichen.

von Laszlo Revesz

Die ganze Geschichtsschreibung in den kommunistischen Staaten ist den Thesen des dialektischen und historischen Materialismus untergeordnet. Die diesbezügliche Forschung erfolgt strikt auf Grund der materialistischen Geschichtsauffassung und mit den Methoden der Dialektik. Die materialistische Geschichtsauffassung dient als ein «zuverlässiger Kompass», der dem Forscher hilft, zu einer richtigen Auffassung von den historischen Ereignissen zu gelangen. (Vgl. Grundlagen des Marxismus-Leninismus, Berlin/Ost, 1960, S. 170 bis 171. — Uebersetzung aus dem Russischen.) Im Sinne der materialistischen Geschichtsauffassung stellt die Geschichte eigentlich die Entwicklung und Ablösung ökonomischer Gesellschaftsformationen (Urgesellschaft, die Slavenhalterordnung, Feudalordnung, kapitalistische und sozialistische Ordnung) dar, wobei sie gewissen Gesetzmäßigkeiten untergeordnet wird. Die Entwicklung der Gesellschaft ist ein gesetzmässiger Prozess, der einer bestimmten, vom Willen und Bewusstsein der Menschen unabhängigen historischen Notwendigkeit unterworfen ist. Der historische Materialismus ist die Wissenschaft von den allgemeinen Entwicklungsgesetzen der Gesellschaft; deshalb muss jeder Historiker die Schlussfolgerungen und Leitsätze des historischen Materialismus — Abhängigkeit des gesellschaftlichen Bewusstseins vom gesellschaftlichen Sein, die Veränderungen der Gesellschaftsordnung in ihrer Abhängigkeit von den Veränderungen der Produktivkräfte, Wechselverhältnis zwischen Basis und Ueberbau usw. — als Ausgangspunkt zu seinen Forschungen nehmen. Der Historiker muss davon ausgehen, dass der Entwicklung der gesellschaftlichen Erscheinungen das materielle Leben der Gesellschaft zu Grunde liegt.

Ereignisse richten sich nach den Thesen

Der Historiker muss also mit deduktiver Methode arbeiten: es gibt unwiderlegbare Thesen, und seine Aufgabe ist es, die Richtigkeit dieser Thesen zu beweisen. Die Methode wird ihm durch die Dialektik geliefert: alle Erscheinungen müssen in ihrem Zusammenhang mit ihrer Umgebung in ihrer ständigen Bewegung und Veränderung verstanden werden, wobei

diese Aenderung, bzw. die Entwicklung nicht als Kreisbewegung, sondern als fortschreitende, und zwar sprunghaft-revolutionäre Bewegung erfolgt. (Vgl. Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion/Bolschewiken, Moskau, 1945, S. 132 bis 138.) Die Geschichtsschreibung muss auf Grund von Quellenmaterialien unter Beweis stellen, dass der gesellschaftlichen Entwicklung die materielle, produktive Tätigkeit der Volksmassen, die Entwicklung der Produktivkräfte zugrunde liegt.

Wenn man die sowjetische Geschichtsschreibung unter die Lupe nimmt, sieht man besonders die Wirkung eines der Zentralprobleme des historischen Materialismus zur Geltung kommen, jenes der entscheidenden Rolle der Volksmassen in der Geschichte. Die Auswertung der historischen Ereignisse erfolgt hingegen hauptsächlich durch zwei in letzter Zeit *expressis verbis* betonten Thesen der Dialektik (die bei Stalin noch nicht ausdrücklich erwähnt waren):

- Bei Erforschung einer Erscheinung müssen Ort und Zeit berücksichtigt werden.
- Bei der Beurteilung der Auswertung muss man «vorwärts schauen», d. h. sich auf das Neue ausrichten. (Vgl. Podkorytov, G. A.: «Über den Begriff der wissenschaftlichen Methode.» Vestnik leningradskogo universiteta, Nr. 11/ 1962. Serija ekonomiki, filosofii i prava, Heft 2, S. 81.)

Fortschrittliche Zaren

Als wichtigste Ergebnisse der Anwendung der erwähnten Forderungen können wir hervorheben:

- Die imperialistischen Eroberungen des russischen Zarismus werden durch die sowjetische Geschichtsschreibung nachträglich *ausnahmslos* gutgeheissen: Alles was die einzelnen, von Moskau unterdrückten Völker zum «russischen Volk» näherbrachte — also auch das «gemeinsame Leiden unter der Zarenmacht» — gilt als Fortschritt, weil es das russische Volk war, welches die sozialistische Gesellschaftsordnung zum erstenmal in der Geschichte verwirklichte, oder weil die annexierten Gebiete durch die «Hilfe» des russischen Volkes vom englischen Einfluss oder gar von der englischen Herrschaft befreit wurden (Zentralasien).
- Angesichts der Schwierigkeiten, den fortschrittlichen Charakter des russischen Imperialismus zu beweisen, wird das Hauptgewicht auf die neueste Geschichte (1917 bis 1945) gelegt, wobei die frühere Geschichte vernachlässigt wird.
- Weil die «sozialistische Revolution» zum ersten Male in Russland entfesselt wurde, wird dem russischen Volk der «fortschrittlichste Charakter» zugeschrieben. Die Russen werden als staatsgründendes Element, als ein Volk dargestellt, welches den von ihm unterjochten Polen, Ukrainern, Weissrussen, Finnern, Esten, Litauern, Letten, den kaukasischen, zentralasiatischen, sibirischen Völkern usw. nur «Hilfe» brachte. Eine solche offizielle kommunistische Belehrung erhellte die politische Bedeutung dieser «Wissenschaft» schon deutlich genug. Geschichtsforschung, Geschichtsschreibung und Geschichtslehre, das alles ist eine «Zweckwissenschaft». Das Prinzip «l'art pour l'art» ist im kommunistischen System weder für Kunst noch für Wissenschaft anerkannt. Wie alles, muss

auch die Historik der Politik dienen. Die Bedeutung, welche diesem Zweige in der Sowjetunion für die Zukunft zugemessen wird (namentlich wegen der «Annäherung» der «sozialistischen» Völker zueinander), ist aus der grossen Zahl von Geschichtsforschern ersichtlich: Es gibt in der Sowjetunion 16 500 Historiker (4,6 Prozent der Gesamtzahl aller 354 200 Wissenschaftler), von denen rund die Hälfte einen wissenschaftlichen Grad hat. Vergleichszahlen: Die Gesamtzahl der Physiker und Mathematiker beträgt 29 000, der Chemiker 26 200, der Geologen 10 700, der Wirtschaftswissenschaftler 13 900, der Juristen 2200 (Vgl. G. Charatjan: Anzahl und Verteilung der Wissenschaftler und ihre Ausbildung in der UdSSR, «Vestnik statistiki», Nr. 4/1962, S. 65).

*

Es sei nun noch etwas eingehender auf die oben angeführten Thesen der sowjetischen Historik bezüglich der russischen Vergangenheit eingegangen:

Der gute geheissene russische Imperialismus

Ein 1960 in Moskau erschienenes Lehrbuch für die Parteihochschule beim ZK der KPdSU, «Istoriya SSSR» (Geschichte der UdSSR) erklärt kategorisch, es sei «die Ausgestaltung des russischen Vielvölkerstaates für die einzelnen Nationalitäten vorteilhaft» gewesen.

Die Esten, Letten und Litauer, die Ukrainer, die Weissrussen, ja sogar die ärmeren Schichten Warschaus, hätte nur auf die russische «Befreiung» gewartet.

Wohl wird die Unterdrückung der Völker durch die russischen Zaren zugegeben, nichtsdestoweniger aber behauptet, das gemeinsame Schicksal Russlands und der umliegenden Nationalitäten habe 1917 zum Wunsche nach Vereinigung geführt. Alle Versuche der näheren und weiter zurückliegenden Vergangenheit, das russische Joch abzuschütteln, waren nach heutiger sowjetischer Lesart von den «reaktionären Schichten» ausgelöst worden. Die Volksmassen dagegen hätten immer zu den Russen gehalten.

Einige Beispiele: Russland hat Kasachstan durch Kriege unterjocht, die sich über ein Jahrhundert hinstreckten. Der kasachische Unabhängigkeitskampf gilt als Reaktion der «Feudalherren» (Große Sowjetenzyklopädie und «Istoriya SSSR»). Auch in Kasachstan wären es nach den gleichen Quellen die «reaktionären» moschulmanischen Führer gewesen, welche 1859 die Aufstände gegen die russische Kolonialmacht organisierten.

Kokand (Usbekistan) wurde 1876 erobert. Das «Volk», so heisst es nun, habe die russischen Truppen gegen seine eigenen Feudalherren zu Hilfe gerufen. Russland führte eine Militärverwaltung ein und beraubte die unterworfenen Bevölkerung des Wahlrechtes. Dennoch bezeichnen sowjetische Geschichtsschreiber diese Art des Kolonialismus als «Vereinigung mit objektiv-progressiver Folge». Sie billigen auch die blutige Unterdrückung der «reaktionären» nationalen Bewegung der Usbeken im Jahre 1898.

Ein kurzer Blick noch dazu auf den Mittelschulunterricht, und zwar auf Grund des Materials für die Aufnahmeprüfungen an den Universitäten: Die Unterjochung der

verschiedenen turko-tatarischen, finno-ugrischen und westsibirischen Völker durch die zaristischen Herren wird folgendermassen zusammengefasst: «Die progressive Bedeutung der Einverleibung der Völker im Wolgagebiet und Westsibirien durch Russland» (Uebersichts- und Nachschlagswerk der Hochschulen, Moskau, 1961, S. 265). Die russische Eroberung der Ukraine im 17. Jahrhundert wird ebenfalls eine «progressive Tat» genannt. Die Unterwerfung der von Turko-Tataren besiedelten Krim in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wird als «Befreiung der Krim... von der türkischen Herrschaft» gerechtfertigt. Die Teilungen Polens (1772, 1793, 1795) werden auf entsprechende Weise gutgeheissen: «Die fortschrittliche Bedeutung der Vereinigung von Weissrussland und der Ukraine mit Russland.» Die Eroberung Georgiens (zu Beginn des 19. Jahrhunderts) wird so geschildert: «Freiwilliger Uebergang Ostgeorgiens zu Russland.» Die weiteren blutigen Eroberungen des zaristischen Russlands zu Beginn des letzten Jahrhunderts werden im Geschichtsunterricht der Mittelschulen als «Anchluss von Aserbeidschan, Bessarabien und Finnland zu Russland» charakterisiert, wenn nicht noch positiver von der «fortschrittlichen Bedeutung der Annäherung der Völker Transkaukasiens, Finnlands und der Moldau an Russland» die Rede ist. Der heldenhafte polnische Aufstand gegen Russland im Jahre 1863 wird als ein Aufstand gegen das Feudalsystem gekennzeichnet.

Die unterdrückten Völker Russlands unternehmen nach 1917 einen erbitterten Versuch, sich wieder zu befreien, um ihre Unabhängigkeit zurückzugewinnen. Es ist allgemein bekannt, wie Moskau mit Hilfe der KP die Unabhängigkeitsbewegung dieser Völker überspielte und sie zum Schluss wieder zurückbrachte. (Auslösung von lokalen Aufständen durch die meist von Moskau geschickten Kommunisten: Errichtung einer kommunistischen Gegenregierung, welche zum Kampf gegen die «Reaktion» die Rote Armee zu Hilfe rief.) Diese traurige und reaktionäre Rolle Moskaus wird als «Hilfe an die Völker der nationalen Grenzgebiete» gerechtfertigt (1918—1920). Sogar die internationale Intervention der Sowjetunion wird als eine ruhmvolle Tat erklärt. Die Errichtung der Volksrepublik Mongolei wird ebenfalls «brüderliche Hilfe Sowjetrusslands für die Werkägten der Mongolei» genannt, obwohl es bekannt ist, dass die insgesamt 160 Kommunisten des Landes eine Gegenregierung errichteten und sich mit sowjetischer Militärhilfe an die Macht setzten.

Es ist auch bezeichnend, dass die im 18. und 19. Jahrhundert gemachten Eroberungen der russisch-türkischen Kriege entweder als «von grosser progressiver Bedeutung» geschildert werden oder auf eine Auslegung verzichtet wird.

Die Tatsache, dass die unterdrückten Völker eben wegen der Unterdrückung in eine solche Lage gerieten, dass sie die revolutionäre Bewegung des russischen Volkes miterlebten und zur «sozialistischen Nation» wurden, brachte mit sich, dass ihre Eroberung vor 100 bis 200 Jahren schon als «fortschrittlich» betrachtet wird. Hier und da wird auch darauf Bezug genommen, dass sie sonst dem englischen Imperialismus zum Opfer gefallen wären: z.B. die Kasachen oder die kaukasischen Völker.

(Fortsetzung folgt)

Der Mediziner im kommunistischen System

Bedienung nicht inbegriffen

In unsern Untersuchungen über verschiedene Berufsgruppen im kommunistischen System haben wir bisher wichtigste Schichten behandelt: Arbeiter (Nrn. 10 bis 12), Bauern (13/14), Staats- und Wirtschaftsfunktionäre (18), Lehrer und Dozenten (19 und 25), Schüler und Studenten (21/22 und 27/28). Die Bedingungen dieser Stände geben das Bild vom Berufsleben im kommunistischen Alltag zur Hauptsache wieder. Daneben verdienen aber auch konkrete Spezialberufe wenigstens stellvertretenderweise Beachtung. Dies gilt besonders für die Aerzteprofession in ihrer Verbindung mit dem Gesundheitswesen.

Materiell gut gestellt

Im allgemeinen ist im kommunistischen Bereich der Arzt ein Berufsmann, dem es materiell recht gut geht. Dies gilt allerdings nur im Vergleich zu den akademischen Berufen im gleichen Lager, nicht aber im Vergleich zu unsren Verhältnissen. In der Sowjetunion, wo der durchschnittliche Monatsgehalt eines Intellektuellen unter hundert Rubeln (ein Rubel hat eine innere Kaufkraft von etwa zwei Franken) liegen dürfte (wozu freilich immer noch die umfangreichen Sozialleistungen zu rechnen sind), kommt ein Arzt auch im relativ unergiebigen Verwaltungsdienst (z.B. für Gerichtsmedizin) auf 130 Rubel oder mehr. Dazu aber kommt, dass viele Mediziner gleich zwei oder drei Stellen innehaben, für welche sie vollen Lohn beziehen. Das in einem fortgeschrittenen kommunistischen Staat, wo es keine Privatpraxis gibt. In den Volksdemokratien, wo es unter besonderen Bedingungen und gewissen Einschränkungen möglich ist, den Beruf noch selbständig auszuüben, sind die Verdienstmargen grösser. Einzelne Aerzte verdienen in den Satellitenstaaten mehr als Universitätsprofessoren (die gut bezahlt sind — siehe KB Nr. 25) oder stellvertretende Minister. Dazu gibt es ebenfalls die Kumulierung von Fixgehältern, die der Staat direkt oder mittelbar auszahlt. So arbeiten in 80 Prozent der polnischen Betriebe die voll angestellten Betriebsärzte nur zwei Stunden im Tag.

Der Spielraum in den Volksdemokratien

Ist in der Sowjetunion der ärztliche Beruf vollständig «vergesellschaftlich» und jeder Mediziner ein Angestellter, so ist diese angestrebte Entwicklung in den Volksdemokratien noch nicht so weit gediehen. Die Verhältnisse variieren von Fall zu Fall. Am stärksten angeglichen sind sie im «Mustersatelliten» Tschechoslowakei, wo bereits vor knapp vier Jahren sowohl die ärztlichen als auch die zahnärztlichen Privatkonsultationen abgeschafft wurden. Ausnahmen bestehen vorläufig noch für Professoren und Dozenten, ferner für invalide

oder aus dem staatlichen Dienst pensionierte Mediziner, die eine Möglichkeit erhalten, ihre Rente aufzubessern.

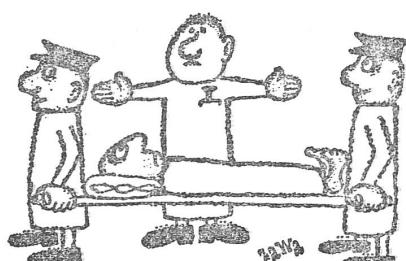
In Polen ist jedem Arzt grundsätzlich die Führung einer Privatpraxis erlaubt, der mindestens 7 Stunden im Tag für den öffentlichen Gesundheitsdienst arbeitet. Eine ähnliche Regelung besteht in Ungarn, nur dass dort die minimale Arbeitszeit «für die Gemeinschaft» auf sechs Stunden im Tag festgesetzt ist. Eine besondere Zwischenstufe zwischen privater und öffentlicher Tätigkeit gibt es in Polen in Form der so genannten «ärztlichen Arbeitsgemeinschaften», deren es gegenwärtig 44 gibt, die in einem Zentralverband zusammengefasst sind. Die Mitglieder kaufen ihre Einrichtung gemeinsam. Die Patienten können bei (in grossen Linien) geregelten Tarifen ihren Arzt selbst auswählen. Die Konsultationen bei den Anhörigen der «Arbeitsgemeinschaften» kosten zwischen 36 und 150 Zloty (Monatslohn eines guten Facharbeitors = 1500 Zloty).

Versicherungsleistungen und Gebühren

Die Ansicht, dass im kommunistischen Staat die gesundheitliche Betreuung vollständig vom Staat bezahlt werde, entspricht nicht den Tatsachen. Im allgemeinen ist die Krankenversicherung den Gewerkschaften unterstellt (die in der Sowjetunion auch Spitäler, Erholungsheime usw. besitzen). Die Versicherungsgebühren sind in dem ziemlich hohen Mitgliederbeiträgen inbegriffen (4,1 bis 9 Prozent des Lohnes). Die Angehörigen der verschiedenen Genossenschaftsformen (Kolchosen, Gewerbegenossenschaften) haben den Versicherungsbetrag gesondert zu zahlen. In einzelnen Volksdemokratien (z.B. Ungarn) gibt es auch direkte Gehaltsabzüge. Völlig gratis ist in einigen kommunistischen Staaten nur die ärztliche Betreuung von Kindern. In der CSSR beispielsweise werden Kinder unter 15 Jahren ohne Rücksicht auf die Versicherung der Eltern unentgeltlich behandelt.

Bedürfnisse des Staates und des Patienten

Wie weit garantiert nun der kommunistische Staat der Bevölkerung ausreichende medizinische Betreuung? Zunächst ist anzuerkennen, dass der kommunistische Staat um die Heranbildung eines zahlenmäßig genügenden Fachkaders besorgt ist. Dabei ist nicht zu vergessen, dass der Arzt im staatlichen Gesundheitswesen nur Diener am Kranken ist, sondern zugleich auch Polizist des staatlichen Arbeitgebers. Eine seiner Hauptpflichten besteht darin, dafür zu sorgen, dass sich niemand unter Vorwand einer Krankheit von der Arbeit drückt. Ein umfangreicher Kontrolldienst mit entsprechendem Papierkrieg verfliehtet Gesundheitswesen und Arbeitsdisziplin aufs Engste.



«Leider können wir Sie nicht aufnehmen. Die Krankheit ist in unserm Plan nicht vorgesehen.»
(Polnische satirische Zeitschrift «Szpilki»)